

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 7 2023

1. Regional
2. Nicaragua
3. Honduras
4. Guatemala
5. El Salvador

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Veranstaltung in Berlin: Am 7. November laden Mitgliedsorganisationen des RT-ZA zur Abendveranstaltung "Von Illusionen, Hoffnungen und Kämpfen: Solidarität mit Zentralamerika früher und heute". Die Diskussion mit Aktivist*innen aus Deutschland und Zentralamerika findet um 18 Uhr im Aquarium (Skalitzer Str. 6) in Kreuzberg statt. Das Gespräch ist Teil [der Veranstaltungsreihe zu 50 Jahre LN und FDCL](#). Weitere Informationen werden in den kommenden Wochen über diesen Verteiler verschickt.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Jahres 2023 haben mehr als 330.000 Menschen diese Route genommen. Darunter sind mindestens 60.000 Kinder, die Hälfte davon sind [laut UNICEF](#) unter fünf Jahre alt. Beamte der panamaischen Regierung behaupten, dass sie [den ständigen und massiven Zustrom von Migranten in den letzten Monaten nicht bewältigen können](#).

Vergangene Tagung: Anfang September hat die Tagung des Runden Tisches Zentralamerika in Berlin stattgefunden. Zusammen mit vielen Gästen aus Zentralamerika und Europa haben wir über die mutige Arbeit der zentralamerikanischen Zivilgesellschaft im Kontext von autoritären Entwicklungen diskutiert und uns mit der Rolle der deutschen und europäischen Regierungen und Zivilgesellschaft auseinandergesetzt. Das [Auftakt- und das Abschlusspanel](#) finden Sie auf unserer Webseite und eine ausführliche Dokumentation folgt in den kommenden Monaten.

Recherche über Desinformation: Eine Allianz aus investigativen Journalismus-Teams aus ganz Lateinamerika hat im September eine Sammlung von Untersuchungen über die Online-Informationsmanipulationsindustrie der Region veröffentlicht: "[Mercenarios digitales](#)". In der Sonderausgabe beschreibt Contracorriente die [Strategien politischer Kommunikationsberater während der Wahlkampagnen in Honduras](#); Confidencial und República 18 erklären, wie massive Netzwerke nicaraguanischer "Trolle" auf Facebook operieren; Agencia Ocote analysierte die [Propaganda in guatemaltekkischen Fernsehsendern, Zeitschriften und Zeitungen](#). Hier zur [Webseite der Rechercsammlung](#).

2. Nicaragua

Angriff gegen Universität: Das Ortega-Regime hat die [Zentralamerikanische Universität \(UCA\) geschlossen](#) und die Beschlagnahmung all ihrer Immobilien und Bankkonten angeordnet. Das Gericht, das die Anordnung erlassen hat, [wirft der UCA vor, während der Massenproteste von 2018 als "Zentrum des Terrorismus" fungiert zu haben](#). Als Ersatz für die UCA gründete die Regierung die [Nationale Universität Casimiro Sotelo Montenegro](#), benannt nach einem ermordeten Studenten, der gegen die Somoza-Diktatur rebellierte. Die nicaraguanische Diktatur hat in zweieinhalb Jahren, von Ende 2021 bis Mitte 2023, [26 Universitäten den Rechtsstatus entzogen](#). Elf davon wurden beschlagnahmt.

akademischen Verfahren fortsetzen werden. Rund 1600 von ihnen haben Bewerbungen an den Jesuitenuniversitäten in El Salvador und Guatemala eingereicht. Viele Studierende, die an weiteren von der Regierung konfiszierten Universitäten geblieben sind, berichten von gravierenden Mängeln im Bildungsniveau.

Religionsfreiheit: Die nicaraguanische Regierung hat nicht nur die Jesuitenuniversität angegriffen, sondern auch [den Rechtsstatus der Gesellschaft Jesu aufgehoben](#) und ihr Vermögen beschlagnahmt. Das Innenministerium [begründete die Entscheidung damit, dass der Jesuitenorden es versäumt habe](#), seine Jahresabschlüsse und seinen Vorstand zu melden. Die Ordensgemeinschaft weist die Vorwürfe zurück. Die Jesuiten in Nicaragua [veröffentlichten eine Chronik](#), in der sie schildern, wie sie von verummten und schwer bewaffneten Polizisten aus ihrer Residenz vertrieben wurden.

Bibliotheken: Die Schließung der UCA und ihrer Dienste [bedeutete auch die Beschlagnahmung des Instituts für nicaraguanische und zentralamerikanische Geschichte \(IHNCA\)](#). Das IHNCA war die letzte Bibliothek und Zeitungsbibliothek außerhalb der Kontrolle des Regimes von Ortega und Murillo. Vor der Beschlagnahmung der UCA wurde das IHNCA [regelmäßig von vielen nationalen und internationalen Forschern besucht](#). Am 23. August hat die Regierung das Institut unter dem Namen Instituto de Historia "Héroes de Nicaragua" (Helden von Nicaragua) [wiedereröffnet](#).

Gewalt in der Karibikküste: Ein Bericht des Unabhängigen Rechtsbehelfsmechanismus (IRM) des Grünen Klimafonds hat festgestellt, [dass die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration \(BCIE\) wichtige Informationen über die Situation der Gewalt in den indigenen Gemeinden an der Karibikküste Nicaraguas verschwiegen hat](#). Dadurch konnte die Regierung von Daniel Ortega einen Kredit in Höhe von 116,6 Millionen Dollar erhalten. Die Auszahlung der Kreditbeträge ist [derzeit eingefroren](#).

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) hat den Wilú- und Musawas-Gemeinschaften der Mayangna-Bevölkerung an der nördlichen Karibikküste Nicaraguas [aufgrund der schweren Gewaltsituation an der nördlichen Karibikküste Schutzmaßnahmen gewährt](#). Die Angriffe gehen von "Colonos" (Landinvasoren) und [bewaffneten Banden aus](#), die die Miskitu- und Mayangna-Bevölkerung im Zusammenhang mit der Besetzung ihres angestammten Landes systematisch angreifen. Der IACHR-Gerichtshof [hatte bereits 2016 Schutzmaßnahmen für das Volk der Miskitu gewährt](#), aber beschlossen, die Maßnahme aufgrund des Anstiegs der Gewalt in der Region [auszuweiten](#).

3. Honduras

Angriff auf Aktivistin: In den frühen Morgenstunden des 19. September drang eine Gruppe Unbekannter in das Haus von Miriam Miranda, Koordinatorin der Schwarzen Brüderlichen Organisation von Honduras (Ofraneh), in der Gemeinde Vallecito in Colón ein. Die vier Männer waren schwer bewaffnet. Als sie von Miriam und dem Sicherheitsteam von Vallecito entdeckt wurden, flohen sie und konnten nicht identifiziert werden.

Miranda war bereits 2014 Opfer eines Angriffs, bei dem sie entführt wurde. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (Corte IDH) hat sowohl für Miranda als auch für die Vallecito-Gemeinde Schutzmaßnahmen erlassen. Trotz des hohen Risikos erschienen die Generalstaatsanwaltschaft, das Sicherheitsministerium und die Staatsanwaltschaft für Menschenrechte nicht zu einem Treffen mit der Gemeinde, um die staatlichen Schutzmaßnahmen für die Verteidigerin zu besprechen.

Hier zur Stellungnahme des IM-Defensoras-Netzwerks auf [Spanisch](#) und [Deutsch](#) (Übersetzung durch das Öku-Büro).

Justiz: Der honduranische Nationalkongress hat die neue Leitung der Generalstaatsanwaltschaft immer noch nicht gewählt. Die Frist für die Wahl des neuen Generalstaatsanwalts lief am 31. August ab. Nicht nur die Diskussion ist ins Stocken geraten, auch die Wahlverfahren für andere Ämter wurden gestoppt: die Kommissare der Einheit für Finanzierung, Transparenz und Überwachung der politischen Parteien und Kandidaten (UFTF) und zwei Richter des Wahlgerichtshofs (TJE).

Veto gegen Gesetz für Sexuaufklärung: Die honduranische Präsidentin Xiomara Castro legte Ende Juli offiziell ein Veto gegen das Gesetz zur umfassenden Aufklärung zur Prävention von Teenager-Schwangerschaften ein, das vom Kongress am 8. März verabschiedet wurde. Eine Woche zuvor hatten sich religiöse Gruppen gegen das Gesetz ausgesprochen und argumentiert, dass es sogenannte "Genderideologie" beinhaltet, die Kinder verletzt. Feministische und Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Entscheidung als Rückschritt für die Rechte von Frauen und Mädchen.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

[menschenrechtsverteidiger ermordet](#). Jose David Fortin, Generalsekretar der Bauernliche Agrarkooperative Tarros, wurde in seinem Haus von zwei schwer bewaffneten Männern ermordet. In einer [Stellungnahme der Plataforma Agraria und der Coordinadora de Organizaciones Populares del Aguán \(COPA\)](#) heißt es, Fortin habe die Räumung der Ländereien der Kooperative in den 1990er Jahren angeprangert und beklagt, dass die Kooperative im Rahmen der Maßnahmen der von der derzeitigen Regierung eingesetzten Kommission für Agrarsicherheit geräumt wurde. Mit dem Tod von José David steigt die Zahl der in der Region Bajo Aguán ermordeten Aktivisten in diesem Jahr auf 10.

4. Guatemala

Wahlergebnisse: Am 20. August haben Bernardo Arévalo und Karin Herrera von der Partei [Semilla](#) die [Präsidentschaftswahlen in Guatemala](#) gewonnen. Seitdem ist die Situation für die gewählte Regierung sehr komplex: Die Staatsanwaltschaft unter der Leitung von Consuelo Porras hält in den letzten Wochen einen ununterbrochenen Angriff gegen die Wahlergebnisse und Semilla. Am 24. August ordnete Porras auf der Grundlage eines [Gerichtsbeschlusses vom Juli](#), der bereits vom [Obersten Gerichtshof](#) abgelehnt worden war, die [Annullierung von Semilla](#) an. Dies wurde vom [Obersten Wahlgericht](#) abgelehnt. Die [Generalstaatsanwaltschaft](#) [stürmte dreimal die Räumlichkeiten des Obersten Wahlgerichts](#) und [öffnete die Wahlurnen](#).

[Tausende von Menschen](#) und [Gruppen aus verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft](#) sind auf die Straße gegangen, um [ihre Ablehnung des Vorgehens der Staatsanwaltschaft](#) und ihre Unterstützung für die demokratisch gewählte Regierung zu zeigen.

Transition nach der Wahl: In dem schwierigen Nachwahlkontext in Guatemala ist der Übergangsprozess auf Hindernisse gestoßen. Der gewählte Präsident Bernardo Arévalo beschloss, [den Dialog mit der Regierung Giammattei wegen der Angriffe der Justiz auszusetzen](#), und forderte den Rücktritt von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras sowie des Staatsanwalts Rafael Curruchiche, und des Richters Fredy Orellana. Der Übergangsprozess wurde erst am 28. September wieder aufgenommen.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

menschenrechtskommission (IACHR) gewährte Sicherheitsmaßnahmen für Arevalo und Herrera, [nachdem zwei Mordkomplote gegen sie aufgedeckt worden waren](#). An einem davon waren staatliche Agenten beteiligt.

Verfolgung der Justiz: Der Richter Carlos Ruano ist am 27. September von seinem Amt zurückgetreten und hat angekündigt, [dass er wegen politischer Verfolgung ins Exil in die Vereinigten Staaten gegangen ist](#). Er beschuldigt die Richterin am Obersten Gerichtshof Blanca Stalling, hinter den Angriffen gegen ihn zu stecken. Im Jahr 2016 hatte der Richter Stalling angezeigt, [weil sie ihn gebeten hatte, ihren Sohn freizulassen, der in einer Korruptionsaffäre angeklagt war](#). Stalling wurde strafrechtlich verfolgt, erhielt aber im vergangenen Jahr ihre Freiheit und ihr Amt als Richterin zurück. Am Donnerstag, den 28. September, gab die Staatsanwaltschaft bekannt, [dass gegen Ruano ein Haftbefehl wegen einer Reihe mutmaßlicher Straftaten im Zusammenhang mit seiner Anzeige gegen Stalling erlassen wurde](#).

Darüber hinaus wurde die Anwältin Claudia González am 29. August wegen angeblichen [Amtsmissbrauchs verhaftet](#). Neben anderen bekannten Fällen untersuchte González den Fall von Blanca Stalling, wegen dem Ruano fliehen musste. Die Anwältin [arbeitete für die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala \(CICIG\)](#). Sie war auch für die Verteidigung von Staatsanwälten zuständig, [die genau wie sie in Korruptionsfällen ermittelten und später kriminalisiert wurden](#), wie Juan Francisco Sandoval und Virginia Laparra. [Hier zur Petition von Amnesty International für ihre Freilassung](#).

Pressefreiheit: Die guatemalteckischen Lokaljournalisten Edin Alonso und Hugo Gutiérrez wurden am 11. August 2023 von [unbekannten Personen ermordet](#). Die Täter hatten von einem Motorrad aus in der Gemeinde Caballo Blanco, Retalhuleu, südwestlich von Guatemala-Stadt, auf sie geschossen. Das Büro des Sonderberichterstatters für Meinungsfreiheit der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (RELE) [verurteilte das Verbrechen in einer Erklärung](#). Die RELE erklärte, dass der Mord unmittelbar [nach der Berichterstattung über einen angeblichen Frauenmord begangen wurde](#). Die offizielle Untersuchung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Wahlprozess: Im September rief das Oberste Wahlgericht von El Salvador offiziell zu den [Wahlen 2023 auf, die am 4. Februar stattfinden sollen](#). Der Wahlkampf wird am 3. Oktober beginnen. Neben der illegalen Kandidatur von Nayib Bukele und seinem derzeitigen Vizepräsidenten Félix Ulloa [gibt es fünf registrierte Präsidentschaftskandidaten](#). Sie haben wenige Chancen: Die Oppositionskandidaten mit der höchsten Wahlabsicht [sind die von der rechten Partei Arena, die in den Umfragen nur 4,3 Prozent erreicht](#). Es handelt sich um Joel Sánchez und Hilcia Bonilla, zwei Kandidat*innen aus der Diaspora in den Vereinigten Staaten, die in der salvadorianischen Politik bisher unbekannt waren. Im Gegensatz dazu hat Nayib Bukele 68,4 % der Wahlabsicht. Laut [der jüngsten Umfrage der Universität Francisco Gavidia](#) plant ein Fünftel der Salvadorianer, ihre Stimme abzugeben oder an der Wahl gar nicht teilzunehmen.

Korruption in Nuevas Ideas: In den letzten Monaten sind mehrere Mitglieder der Partei des Präsidenten, Nuevas Ideas, ins Visier von Ermittlungen geraten oder wegen Korruption und anderer Straftaten strafrechtlich verfolgt worden. Der Kongressabgeordnete Erick García Salguero [wurde verhaftet und seine Immunität wurde aufgehoben, um ihn wegen des mutmaßlichen Verbrechens der "ideologischen Lüge" zu verfolgen](#): Er wird beschuldigt, einem Notar falsche Angaben für einen Kredit gemacht zu haben. Der Abgeordnete José Bladimir Barahona Hernández [wurde von der Polizei als Teil eines Menschenhandelsnetzes](#) identifiziert. Er wird aktuell nicht strafrechtlich verfolgt und kandidiert für die Wiederwahl im Jahr 2024.

Darüber hinaus verhaftete die Polizei im August Alejandro Muyschondt, einen Sicherheitsberater des Präsidenten Bukele. Ihm wird vorgeworfen, [dem ehemaligen Präsidenten Mauricio Funes vertrauliche Dokumente übergeben zu haben, die ihm halfen, nach Nicaragua zu fliehen](#). Eine Untersuchung wirft ihm außerdem vor, [ein Archiv mit persönlichen Daten von mehr als 5 Millionen Salvadorianer*innen zum Verkauf angeboten zu haben](#).

Kriminalisierte Aktivisten: Nach mehr als fünf Monaten Untersuchungshaft [dürfen die fünf Aktivisten aus der Gemeinde Santa Marta in Hausarrest](#). Die Verteidiger wurden im vergangenen Januar festgenommen: sie werden von einem Verbrechen beschuldigt, das

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

5.000 Dollar angeordnet. Obwohl das Gericht die Freilassung am 23. August anordnete, dürften die Aktivisten erst am 5. September das Gefängnis verlassen.

Santa Marta ist eine Gemeinde im Departamento Cabañas, im Norden des Landes. Am 1. August hat Präsident Nayib Bukele um Cabañas eine militarisierte Zone mit dem Namen "Militärzaun" verhängt. Es handelt sich dabei um eine Operation mit 7.000 Soldaten und 1.000 Polizisten in der Region. Die Straßen werden an verschiedenen Stellen von bewaffneten Soldaten kontrolliert.

Repression und Gewalt: Während des Ausnahmezustands häufen sich die Vorwürfe über Misshandlungen durch Sicherheitskräfte. Sechs Soldaten werden beschuldigt, ein 13-jähriges Mädchen in Teotepeque, einer Küstengemeinde im Zentrum des Landes, vergewaltigt zu haben. Das Mädchen behauptet, der Unteroffizier habe ihr und ihren Freundinnen im Rahmen des Ausnahmezustands mit Verhaftung gedroht, um sie zu vergewaltigen. Die Soldaten wurden festgenommen und die Generalstaatsanwaltschaft bat die Polizei darum, die Informationen zu diesem Fall unter Vorbehalt zu stellen.
